

**Einfache Anfrage Grünenfelder-Bad Ragaz / Schöbi-Altstätten:
«Organisierte Kriminalität im Kanton St.Gallen – Lagebild, Kontrolle und Massnahmen**

Die organisierte Kriminalität (OK) ist in der Schweiz zunehmend Gegenstand politischer Aufmerksamkeit. Europol geht von über 800 kriminellen Netzwerken aus, und auch die Schweiz steht mittendrin. Der Fall «Roveredo» im benachbarten Graubünden, wo mehrere mutmassliche Mafia-Angehörige trotz Aufenthaltsbewilligung im Misox lebten, hat gezeigt, wie verletzlich auch grenznahe Kantone sind. In Graubünden wurde deshalb soeben eine breit mitunterzeichnete Motion zur «konsequenten Bekämpfung der organisierten Kriminalität» eingereicht, die unter anderem ein Kontrollsystem für Domizilgesellschaften, eine Meldestelle für Verdachtsfälle von Scheinfirmen sowie eine konsequentere Praxis beim Strafregisterauszug fordert. Auf nationaler Ebene hat der Nationalrat eine Motion angenommen, die, dem Tessiner Vorbild folgend, systematisch von allen Ausländerinnen und Ausländern bei der Beantragung einer Aufenthaltsbewilligung einen Strafregisterauszug verlangen will.

Der Kanton St.Gallen ist als Grenzkanton zu Liechtenstein, Österreich und drei weiteren Kantonen ähnlich exponiert. Gleichzeitig ist die Gesamtkriminalität im Jahr 2025 um gut 6 Prozent auf 32'824 Straftaten gestiegen. Die Kantonspolizei selbst weist darauf hin, dass die erfolgreiche Bekämpfung der Schwermriminalität angesichts der bevorstehenden Sparmassnahmen gefährdet ist und in den nächsten Jahren mit einem Sinken der Aufklärungsquote zu rechnen ist. Im Rahmen des Entlastungspakets 2026 soll die Kantonspolizei ab dem Jahr 2027 eine Pauschalkürzung von einer Million Franken umsetzen. Mehrere Fraktionen haben zudem bemängelt, dass das Synergiepotenzial mit der Stadtpolizei und benachbarten Korps gerade bei grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, Menschenhandel und Cyber-Delikten bei weitem nicht ausgeschöpft sei.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die Präsenz und Bedrohung durch organisierte Kriminalität im Kanton St.Gallen? Verfügt der Kanton über ein systematisches, periodisch aktualisiertes Lagebild, und welche Erscheinungsformen (z.B. Betäubungsmittelhandel, Geldwäscherei, Menschenhandel, missbräuchliche Nutzung von Domizil- oder Scheingesellschaften) stehen im Vordergrund?
2. Über welche Instrumente zur Früherkennung verfügt der Kanton? Wie werden Risikobereiche – insbesondere geldwäschereianfällige Branchen sowie Domizil- und Sitzgesellschaften – kontrolliert, und besteht eine Meldestelle für Verdachtsfälle (z.B. Scheinfirmen), wie sie in Graubünden gefordert wird?
3. Wie handhabt der Kanton St.Gallen das Verlangen eines Strafregisterauszugs bei der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen? Prüft die Regierung – analog zur Tessiner Praxis und zu den Abklärungen in Graubünden – eine konsequentere oder zumindest risikobasierte Anwendung?
4. Wie wirkt sich die im Entlastungspaket vorgesehene Kürzung auf die spezialisierten Ermittlungsdienste (Wirtschaftsdelikte, Betäubungsmittel, digitale Forensik / Cybercrime) aus? Ist sichergestellt, dass die Kapazität zur Bekämpfung der Schwer- und organisierten Kriminalität trotz Sparvorgaben erhalten bleibt?
5. Welche konkreten Vereinbarungen und Kooperationen bestehen mit Nachbarkantonen, der Stadtpolizei, dem Fürstentum Liechtenstein, Vorarlberg sowie mit fedpol und Europol? Wo sieht die Regierung – auch mit Blick auf die geäusserte Kritik – ungenutztes Synergiepotenzial?
6. Sieht die Regierung gesetzgeberischen oder organisatorischen Handlungsbedarf, und beabsichtigt sie eigene Massnahmen analog zu den Bestrebungen auf Bundesebene und in Graubünden?»

22. Juni 2026

Grünenfelder-Bad Ragaz
Schöbi-Altstätten